

# Die Revolution 1848 in Deutschland

## März 1848: Das Volk fordert tiefgreifende Reformen

### Textblatt

#### Auszüge aus einem Flugblatt zur Offenburger Volksversammlung am 19. März 1848 (Original in der Universitätsbibliothek Heidelberg)

Am 19. März 1848 fand in Offenburg eine Volksversammlung statt, die von den Radikalen einberufen worden war und zu der 25 000 Männer aus allen Landesteilen erschienen waren. Die Versammlung beschloss eine Reihe von Forderungen an die Regierung und wählte einen „Zentral-Ausschuss“ mit Friedrich Hecker als „Obmann“.

... Das Volk hat erkannt, dass die ihm zuteil gewordenen Zugeständnisse nicht der staatsmännischen Einsicht und dem guten Willen der Machthaber, sondern den gewaltigen Bewegungen des Volkes, der äußeren Anregung der französischen Revolution und den Kundgebungen vom 1. und 2. März d. J. [des Jahres, J. H.] zuzuschreiben seien. ...

Der Kampf der Volksherrschaft hat begonnen. Deutschland ... verlangt ... vor allen Dingen:

Ein deutsches Parlament,

welches im Großen seine Verhältnisse nach innen und außen kräftig ordne und frei gestalte und dessen erste Aufgabe sein wird, der deutschen Nationalität Selbstständigkeit und Anerkennung zu verschaffen.

Was insbesondere unsere badischen Angelegenheiten betrifft, so erklärt die Volksversammlung von Offenburg:

- I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Teil der Beamten besitzen das Vertrauen des Volkes nicht ... .
- II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der ersten Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegierten besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes stets geopfert haben.
- III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluss der Zensur und der Polizei gewählt wurden ... .
- IV. Das Volk besitzt ... keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen ... . Es muss sich diese Bürgschaften selbst verschaffen.

Demzufolge bildet sich:

1. In jeder Gemeinde des badischen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe es ist, für die Bewaffung, die politische und soziale Bildung des Volkes sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. ...
5. Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden und mit dem badischen Landesverein in freundschaftlichen Verkehr zu treten.
- V. Das Volk verlangt von der Ständeversammlung, dass sie die entschiedensten Maßregeln treffe, um zu bewirken, dass die Regierung:
  1. Sofort eine Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
  2. Als bald alle Abgaben abschaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa der direkten Steuern, und ihre Ausgaben decke durch eine progressive Einkommen- und Vermögenssteuer.
  3. Dass sofort alle Vorrechte, welchen Namen sie tragen, abgeschafft werden.
  4. Dass ungesäumt die Schule von der Kirche getrennt werde.

Vorstehende Anträge wurden der Volksversammlung vorgelegt und mit nachfolgenden Abänderungen und Zusätzen mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen. ...[Es folgen Änderungen, J. H.] Nachdem diese Beschlüsse gefasst worden waren, wurden folgende Männer zu Mitgliedern des Zentral-Ausschusses gewählt:

1. Unterrheinkreis: G. Struve von Mannheim, Heinrich Hoff von Mannheim, Bürgermeister Winter von Heidelberg, Junghans von Mosbach
2. Mittelrheinkreis: Brentano von Bruchsal, Bürgermeister Réé von Offenburg, Rehmann von Offenburg, Schubert von Lahr
3. Oberrheinkreis: Kiefer von Emmendingen, Rotteck von Freiburg, Torret von Waldshut, Weißhaar von Lottstetten
4. Seekreis: Würth von Konstanz, Vanotti prakt. Arzt von Konstanz, Bürgermeister Emmert von Meßkirch, Grüninger von Donaueschingen  
Als Obmann: Friedrich Hecker von Mannheim

Die Rechtschreibung des Textes folgt der neuen Rechtschreibung, die Wortwahl meist heutigem Sprachgebrauch.

**Wort- und Begriffserklärungen auf dem Arbeitsblatt!**